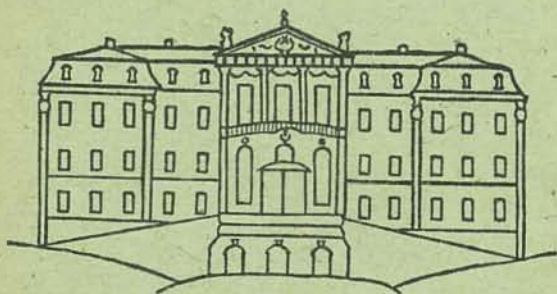


Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Was unsere Parteigeschichte lehrt



177

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Wolfgang Heyl

Was unsere Parteigeschichte lehrt

1970

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 41 Otto Nuschke – Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- 54 Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. Die Kirche und das Nationale Dokument
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 96 Die Friedensbotschaft des Papstes
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt

Vorlesung des Autors am 22. Juni 1970 anlässlich des 25. Gründungstages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vor dem Lehrkörper und den Lehrgangsteilnehmern der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in Burgscheidungen

Angesichts von fünfundzwanzig Jahren Parteigeschichte geht es mir hier um die Darlegung von zwei Problemkreisen, die sich in den vergangenen Jahren als Schlüsselprobleme unserer Politik erwiesen haben und an deren effektiver Lösung auch künftig die Qualität unserer Leitungstätigkeit gemessen werden muß. Denn für die Zukunft wollen wir nützen, was uns die Vergangenheit lehrt.

Der erste dieser Problemkreise ist der dialektische Zusammenhang zwischen der Bündnispolitik, vornehmlich der Zusammenarbeit von Christen und Marxisten, und der Profilierung unserer Spezifik als Partei, die ihr Gesellschaftsverständnis und ihre gesellschaftliche Aktivität aus christlicher Verantwortung herleitet. Daß sich an der Bündnisfrage der Weg unserer Christlich-Demokratischen Union Deutschlands entscheiden würde, haben von Anbeginn an die Befürworter wie die Gegner des Bündnisses gewußt.

Deshalb haben sich hieran die harten Auseinandersetzungen der ersten fünf Jahre unserer Parteigeschichte entzündet. Andererseits hat uns das Bündnis der demokratischen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei entscheidend geholfen, uns als Partei christlicher Bürger demokratischer Gesinnung zu profilieren und in schöpferischer Mitarbeit an einer gesellschaftlichen Ordnung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit in die Tat umzusetzen, was Generationen von Christen in der Vergangenheit in letzter Konsequenz Sehnsucht bleiben mußte: Praktizierung von Friedens- und Nächstenliebe in einer Gesellschaft, die solche Prinzipien zur Grundlage ihrer Existenz und zum Programm ihrer Politik gemacht hat.

In der Mitverantwortung für diesen unseren sozialistischen Staat, seinen Aufbau, seine Entwicklung und sein Profil haben wir uns bewährt als treue Verbündete der Arbeiterklasse und ihrer Partei, aber nicht als Akklamations-, sondern als Kooperationspartner, die in schöpferischer und kritischer Mitarbeit das Gesicht dieser unserer Ordnung mitgestaltet und dabei ihr eigenes Selbstverständnis immer deutlicher und markanter geformt haben.

Der zweite dieser Problemkreise ist der dialektische Zusammenhang zwischen unseren Aufgaben zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Kampf gegen den

westdeutschen Imperialismus. Mit unserem Bekenntnis, das hat uns ein Vierteljahrhundert der Mitarbeit an dieser unserer neuen Ordnung gelehrt, ist es nicht getan. Es ist wichtig, aber es bleibt hilf- und letztlich auch wirkungslos, wenn es nicht zur kenntnisreichen und von gutem Wissen getragenen Tat für diese Ordnung wird.

Andererseits vollziehen sich, wie wir wissen, der Aufbau und die Vollendung des Sozialismus in der DDR nicht im luftleeren Raum. Wir haben die härtesten, erfahrensten und raffiniertesten Gegner direkt vor unserer Tür. Die DDR ist die schwerste Niederlage, die der deutsche Imperialismus je erlitten hat. Er will sich mit dieser Niederlage nicht abfinden. Deshalb hat er sich geschworen, uns zu schaden und zu hemmen, wo es nur geht, oder gar unsere Ordnung zu beseitigen, wenn er es nur vermöchte.

Der parteipolitische Hauptexponent des westdeutschen Imperialismus ist die CDU/CSU-Führung, obwohl diese Partei unter ganz anderen Vorzeichen angetreten war. Deshalb haben wir die Pflicht zur Auseinandersetzung mit ihr. Weil wir den Gründungsprinzipien treu geblieben sind, haben wir das Recht dazu.

Ein Vierteljahrhundert Parteigeschichte lehrt uns:

In Treue zum Bündnis haben wir das C im Namen unserer Partei gültig ausgeformt.

In Treue zur DDR und mit Taten für ihr weiteres Wachsen führen wir den ständigen Kampf gegen die Feinde unseres Volkes.

Beides zusammen bahnt uns den Weg in die nächsten Jahrzehnte der Arbeit der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.

I

In der Einleitung zum Programm des Sozialismus steht: „Ein neues Zeitalter in der Geschichte des deutschen Volkes hat begonnen: das Zeitalter des Sozialismus. Es ist das Zeitalter des Friedens und der sozialen Sicherheit, der Menschenwürde und Brüderlichkeit, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und Lebensfreude ...“

Diese Wesenszüge des Sozialismus sind es, die die Mitglieder der CDU zu schöpferischer und tatkräftiger Mitarbeit an ihrem Staat und am umfassenden Aufbau seiner sozialistischen Ordnung veranlassen.

Gewiß hat es zu allen Zeiten christliche Persönlichkeiten gegeben, die ihr Leben und Werk darin zu erfüllen suchten, das Zusammenleben der Menschen menschlicher zu gestalten. Doch so heroisch oft auch ihr Einsatz war, so selbstlos ihr Mühen, so tief ihr Denken – letztlich stießen sie immer an die Schranken ihrer Gesellschaftsordnung, die eine Ordnung der Ausbeutung und damit der Unmenschlichkeit war. Werke christlicher Barmherzigkeit konnten die Wunden, die diese Ordnung der Unmenschlichkeit schlug, bestenfalls lindern, niemals aber heilen.

Erst der Sozialismus fegte die Ausbeutergesellschaft hinweg und legte dadurch den Grund zu einer Ordnung der Mitmenschlichkeit. Er schafft gesellschaftliche Verhältnisse, die den Frieden nicht mehr von guten Vorsätzen abhängig machen, sondern ihn von den ökonomischen Verhältnissen her gewährleisten. In Gestalt des Volkseigentums an den Produktionsmitteln ist der mörderische Konkurrenzkampf aller gegen alle von einem Miteinander abgelöst, in dem der Stärkere dem Schwächeren hilft, damit alle vorankommen.

Erstmals sind nicht mehr die Tränen der einen der Triumph und der Profit der anderen, sondern prägen sich, wie es in unserer Verfassung heißt, die Beziehungen der Bürger zueinander „durch gegenseitige Achtung und Hilfe, durch die Grundsätze sozialistischer Moral“.

So haben wir zu der Erkenntnis gefunden, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung dem Streben der Christen nach Frieden, Humanismus und selbstlosem Wirken für den Nächsten die gesellschaftliche Basis gibt und daß sie seiner Bewährung im Bereich politischer und sozialer Verantwortung umfassende Möglichkeiten bietet.

Diese Erkenntnis ist nicht von allein gewachsen. Sie hat sich im Verlaufe eines konflikt- und problemreichen Weges herausgebildet, und zwar in dem Maße, in dem die sozialistische Menschengemeinschaft sich entwickelte.

Bei dem Versuch, unsere Position für die Zukunft zu finden, gab es zunächst sehr unterschiedliche Modellvorstellungen. Ich denke hier nur an Bemühungen in unserer Partei, einen „christlichen Sozialismus“ zu propagieren. Und es gab noch andere Versuche. Doch die überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder ließ sich von solchen vorwiegend aus westlichen Quellen gespeisten Versuchen nicht beirren. Sie erkannte bald, daß in jedem dieser Modelle Platz für jene reaktionären Kräfte war, die bestrebt waren, die alte Ordnung der Ausbeutung zu restaurieren.

Im Verlaufe unserer Mitarbeit ist uns immer deutlicher geworden, daß zum Aufbau des Sozialismus zwei Dinge unabwieslich notwendig sind: Erstens muß eine starke Kraft die alte Ordnung zerbrechen und die neue errichten. Es gibt nur eine Kraft, die das kann. Das ist die geeinte Arbeiterklasse, die sich mit allen anderen werktätigen Klassen und Schichten verbündet.

Zweitens muß das Wissen vorhanden sein, welchen Weg man gehen muß, um die neue Ordnung planmäßig zu errichten. Dieses Wissen findet sich nirgends anders als in der Kenntnis und Anwendung der objektiven Entwicklungsgesetze der Gesellschaft, also in der Gesellschaftslehre des wissenschaftlichen Sozialismus.

Dies sind zwei Gründe dafür, daß sich alle Kräfte, die ehrlich den Sozialismus wollten, um die Arbeiterklasse und ihre Partei scharten und unter ihrer tatkräftigen Führung die Geschicke der DDR mitkonzipieren, mitverantworten und mitgestalten. Denn in dieser führenden Kraft vereinigen sich die Macht und das Wissen, die zur neuen Ordnung führen können und geführt haben. Nur so ist es objektiv möglich, daß wir die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, erfüllen können.

Unser Freund Hermann Matern, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, hat im September 1969 aus Anlaß des damals bevorstehenden 20. Jahrestages der DDR zu Funktionären der CDU gesprochen. Seine Rede ist, nebenbei bemerkt, als solche schon ein überzeugendes Dokument der Bündnispolitik und der Zusammenarbeit zum Wohle unseres Staates und seiner Bürger.

Wenn er in dieser Rede feststellt, daß auch unsere Partei sich „große Verdienste bei der Entwicklung des sozialistischen und staatsbürgerlichen Denkens und Verhaltens unter der christlichen Bevölkerung erworben“ hat, dann möchte ich hierzu sagen: Diese Erfolge beruhen auf unserer Arbeit an der Seite der Arbeiterklasse.

Es wäre falsch zu verschweigen, daß es dabei manch komplizierte Probleme in gemeinsamer vertrauensvoller Zusammenarbeit zu meistern galt. Aber welches Problem sich uns in den vergangenen Jahren auch stellte – immer sind wir den gleichen, erfolgreichen Weg gegangen, um es zu lösen und weiter voranzukommen.

Erstens haben wir niemals unsere Mitarbeit im Bündnis und in der sozialistischen Demokratie als Akklamationspartnerschaft betrachtet. Vielmehr haben wir uns zu den anstehenden Fragen eine eigene, aus unserem Gesellschaftsverständnis er-

wachsene Meinung gebildet und sie auch vertreten. Das gemeinsame Ja zu jedem neuen Schritt war deshalb auch immer von uns mitverantwortet und mitgetragen.

Zweitens sind wir niemals davor zurückgeschreckt, diese Dinge vor unseren Mitgliedern und Freunden beim Namen zu nennen. Es hat in den Jahren, die hinter uns liegen, manche Diskussion und Auseinandersetzungen mit rückschrittlichen Auffassungen, aber auch über die Gestaltung des künftigen Weges gegeben. Wir haben diese Auffassungen überwunden, indem wir keine Frage unter den Teppich gekehrt und keine stillschweigenden Kompromisse mit den Zurückgebliebenen geschlossen, sondern prinzipienfest vertreten haben, was wir im Kollektiv als richtig erkannten.

Drittens haben wir die Vorteile genutzt, die uns daraus erwachsen sind. Sie liegen vornehmlich darin, daß derjenige, der überzeugt und nicht überredet worden ist, auch bereit ist, an der Lösung der auftretenden Probleme mitzuarbeiten. Wir haben diese Bereitschaft geweckt und gefördert, indem wir unsere Freunde zu sinnvoller Mitarbeit an der Gestaltung unseres Staates befähigen.

So sieht Zusammenarbeit im Bündnis aus, nicht nur von zentraler Ebene her, sondern ebenso in den Bezirken, Kreisen und Orten.

Ein Beispiel für solche schöpferische und konstruktive Mitarbeit bietet unser Anteil an der Vorbereitung der neuen Verfassung. An der großen Volksaussprache über ihren Entwurf haben wir uns nicht damit beteiligt, daß wir unser Einverständnis deklamiert haben, sondern daß wir Vorschläge gemacht, Hinweise gegeben und die vielen klugen Gedanken unserer Mitglieder in die allgemeine Diskussion haben einfließen lassen. So haben unsere Freunde in den Aussprachen denn auch bekunden können, daß sie den Dienst des Christen an der Gesellschaft nicht formal und nicht individualistisch verstehen, sondern im unlösbaren Zusammenhang von Pflichten und Rechten in der sozialistischen Gemeinschaft, als einen Ruf zur Bewährung christlicher Haltung. Auf Grund ihrer schöpferischen, kritischen und nach vorn gerichteten Mitarbeit an der Verfassung betrachten sie sie jetzt als die staatsrechtliche Fixierung auch der Gemeinsamkeit zwischen Christen und Marxisten.

Im Hauptdokument der Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien, die im Juni 1969 in Moskau stattfand, heißt es: „Der auf einem Drittel des Erdballs triumphierende Sozialismus hat im weltweiten Kampf um die Hirne

und Herzen der Menschen neue Erfolge errungen.“ Weite Kreise der christlichen Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gehören zu denen, die das aus innerster Überzeugung bestätigen können. Dies ist um so bedeutungsvoller, als der Sozialismus zur Gewinnung ihrer Hirne und Herzen eine keineswegs leichte Ausgangsposition hatte, sahen und sehen doch die imperialistischen Kräfte von jeher im klerikal gefärbten Antikommunismus eine besonders wirksame ideologische Waffe in diesem Kampf.

Es ist deshalb nützlich, zur Charakterisierung der marxistisch-leninistischen Bündnispolitik und ihrer seit langem jedermann sichtbaren Erfolge in der DDR auf die historische Kontinuität dieser Politik zu verweisen. Unter den Bedingungen der imperialistischen Klassenherrschaft, während des Kampfes um die Macht, während der Ausübung der Macht und auch in der jetzigen Periode, da sich die Zukunft unserer Republik im umfassenden gesellschaftlichen System des Sozialismus gestaltet, gehört die Bündnispolitik zu den festen Bestandteilen der Politik der marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung.

Trotz der reaktionären Haltung von Kirchenleitungen, die oftmals zu verzeichnen war, haben die Führer der marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung nie einen antikirchlichen Kurs zugelassen, sondern stets die Tatsache in die Konzeption ihrer Bündnispolitik einbezogen, daß diese reaktionäre Haltung in eklatantem Widerspruch zu den grundlegenden Interessen der christlichen Bevölkerung steht.

Nicht ohne innere Bewegung blicken wir Christen heute auf die Dokumente, mit denen gerade während der tiefen Nacht des Faschismus die marxistisch-leninistische Arbeiterpartei zum Bündnis mit den Christen aufrief. Ob auf der Brüsseler Konferenz von 1935, ob 1939 in Bern – wo immer die Kommunistische Partei Deutschlands zu den Lebensfragen der deutschen Nation in der damaligen Zeit Stellung nahm, niemals fehlte der Appell an die Gläubigen zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind und für die gemeinsamen Interessen. Immer stand jener Gedanke im Mittelpunkt, der in der Erklärung des Zentralkomitees der KPD vom Juni 1936 über die Volksfront gegen die Kriegspolitik Hitlers, für die Erhaltung des Friedens und für ein demokratisches Deutschland so formuliert war:

„Die zwischen den antifaschistischen Parteien und Gruppen bestehenden unterschiedlichen Auffassungen in politischen und weltanschaulichen Fragen dürfen kein Hindernisgrund

für den Zusammenschluß sein. Allen ist der große Wille gemeinsam, den Frieden zu bewahren und demokratische Freiheiten und Rechte zu erkämpfen ... Die Entwicklung dieser Schicksalsgemeinschaft zu einer Volksfront verlangt in keiner Weise von ihnen (den Christen – D. V.) die Aufgabe ihrer religiösen Weltanschauung.“

Die Bemühungen der KPD blieben schon damals nicht ohne Erfolg. Ein Beispiel dafür ist die Mitarbeit zahlreicher Christen im 1943 gegründeten Nationalkomitee „Freies Deutschland“, in deren Verlauf ein „Arbeitskreis für kirchliche Fragen“ beim Nationalkomitee entstand.

Doch schon weit früher, im November 1934, in einem Aufruf des ZK der KPD an die christlichen Werktätigen, wurde erklärt, wie das neue, das künftige Deutschland, aussehen werde: „Im kommenden sozialistischen Deutschland ist für jeden Platz, der aufrichtig am Aufbau des Sozialismus mithilft.“

Heute, fast vier Jahrzehnte später, sind wir auf Grund unserer Erfahrungen freudig bereit, unseren marxistischen Freunden aus vollem Herzen zu bestätigen: Sie haben ihr Wort gehalten.

Die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten im Widerstandskampf gegen das Hitlerregime sind mit eingeflossen in den Gründungsauftrag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 26. Juni 1945, der bekanntlich im Kontext zum KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 die Überwindung des Faschismus und eine neue Ordnung wahrer Demokratie forderte. Unser Gründungsdokument rief zur Zusammenarbeit der demokratischen Parteien und zur Anerkennung der „Kraft, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt“.

Die Grundposition unserer marxistischen Freunde kam weiterhin klar und deutlich zum Ausdruck in solchen Dokumenten wie der Stellungnahme des Zentralsekretariats der SED von 1946 „SED und Christentum“. „Über allem muß eines stehen“, so hieß es in dieser Stellungnahme, „die Erkenntnis, ganz gleich, ob sie aus den Lehren der Religion oder aus der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus stammt, daß nach der größten geschichtlichen Katastrophe unseres Volkes alle, die guten Willens sind, zusammenstehen müssen in dem Streben: Deutschland muß leben.“

Deutschland muß leben! – Im Verlaufe des schwierigen, problem- und konfliktreichen Aufbaus des Sozialismus lebte und lebt in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik und im eindrucksvollen Gegensatz zu dem imperialistischen System

der Revanche und der Aggression in Westdeutschland erstmals ein deutscher Staat des Friedens und des Sozialismus, die Heimat aller seiner Bürger einschließlich uns Christen.

In der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, unseres Freundes Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960 findet sich jener Satz, der die gemeinsamen Erfahrungen von Marxisten und Christen aus der seitherigen Zusammenarbeit ebenso fixiert wie das künftige gemeinsame Programm: „Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze.“

Die Erkenntnis von der Bedeutung dieser Aussage für unsere politische Praxis führte zu jener historischen Begegnung am 9. Februar 1961 zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates und einer vom Senior der evangelischen Theologen in der DDR, Prof. Emil Fuchs, geführten Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und weiteren christlichen Bürgern.

Die Aussagen des 9. Februar 1961 betrachten wir als Magna Charta der Zusammenarbeit von Christen und Marxisten im Sozialismus. „Daß Sozialisten, Kommunisten und Christen – unbeschadet ihrer verschiedenen Weltanschauungen – bei der Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft und der Sicherung des Friedens auf dieser Erde zusammengehören und einfach zusammenarbeiten müssen“, wie Walter Ulbricht damals erklärte, gehört heute zu den unabdingbaren Fundamenten unserer sozialistischen Ordnung.

Wodurch dies möglich geworden ist, erläuterte in dieser Begegnung Prof. Fuchs: „Es ist möglich geworden durch die unverbrüchliche Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte, die sich in unserer Republik unter der Führung der Arbeiterklasse entwickelt hat.“

Wir sehen in der Politik der SED das verwirklicht, was Lenin forderte, nämlich: „... sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen Massen zu verbinden ...“ (Werke, Bd. 31, S. 9).

Nun gab und gibt es gewisse Kreise in Westdeutschland und im westlichen Ausland, die die Bündnispolitik und ihre Praktizierung in Anbetracht der Brisanz für ihre eigenen, in entgegengesetzter Richtung gehenden Ambitionen als „Gleichmacherei“ und „Assimilierungsprozeß“ verleumdten. Wenn sich diese Kreise die Mühe machen wollten, die Gesellschaftsstruktur der DDR genauer zu betrachten, würden sie im Gegenteil erkennen müssen: Die praktische Zusammenarbeit von Mar-

xisten, Christen und anderen humanistischen Kräften in der DDR beruht ja gerade darauf, daß die Menschen unterschiedlicher Weltanschauung sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen, ohne auf ihre eigene weltanschauliche oder glaubensmäßige Spezifika zu verzichten. Anders verlöre ihre Arbeit bei den Massen jegliche Glaubwürdigkeit, ja, wäre sie gar nicht denkbar, weil jene Spezifika bekanntlich unverzichtbar sind.

Nehmen wir uns selbst als Beispiel. Gerade weil wir aus christlicher Verantwortung zu handeln bemüht sind, können wir in den vielfältigen Formen der Mitarbeit in der Nationalen Front auf parteilose Christen einwirken und das Gespräch mit kirchlichen Amtsträgern etwa in den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“, mit Angehörigen der gewerblichen Wirtschaft, die Christen sind, in den Arbeitsgruppen „Komplementäre, Handwerker und Gewerbetreibende“, mit Christen aus Westdeutschland in den Aussprachen der Nationalen Front usw. führen. Gerade weil wir die Spezifika unserer Partei bewahrt und ausgebaut haben, genießen die rund 15000 Volksvertreter aus unseren Reihen das besondere Vertrauen christlicher Bürger und können so auch deren kluge Gedanken und schöpferische Initiativen zur Vervollkommnung unserer sozialistischen Demokratie in die Arbeit der Volksvertretungen einfließen lassen. Gerade weil die Blockpolitik die Besonderheiten der Bündnispartner respektiert, ist sie ein so fundamentaler Baustein unserer sozialistischen Ordnung geworden.

Wären wir „nivelliert“ oder „assimiliert“, dann wäre auch ein anderes Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit nicht denkbar – das Ergebnis nämlich, daß auch unsere marxistischen Freunde dadurch in ihren Erfahrungen bereichert worden sind. Auf der Festsitzung des Nationalrates anlässlich des 20. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus sagte Walter Ulbricht:

„Es ist nicht etwa nur das Verdienst der Regierung, wenn es bei uns keine Lager und keine Todesurteile gab; das ist auch ein Verdienst der guten Zusammenarbeit der Blockparteien in der Nationalen Front; das ist unser gemeinsames Verdienst. Denn, liebe Freunde, nicht nur wir Marxisten-Leninisten haben Einfluß genommen auf die Entwicklung der Nationalen Front und auf die Entwicklung des demokratischen Lebens, sondern auch unsere Freunde in den Blockparteien haben einen gewissen Einfluß auf uns ausgeübt... In der Zusammenarbeit in der Nationalen Front haben wir den gemeinsamen Weg gefunden und gemeinsam manchen möglichen Fehler vermieden.“ Und in einem Artikel in der „Einheit“ schrieb er: „Wir bekennen offen, daß wir auch von den Freunden der

Blockparteien so manches gelernt haben. Manch scharfe Kanten in der Politik, die bei der Härte des Klassenkampfes in Deutschland unvermeidlich waren, wurden im Meinungsaustausch und in der Zusammenarbeit abgeschliffen.“

Die wachsende Erkenntnis des Wesens und des Charakters der sozialistischen Ordnung und ihre segensreiche Wirkung auf die Möglichkeit, die ethisch-moralischen Maximen des Christentums zu praktizieren, hat in uns den Willen hervorgerufen und gestärkt, an dieser Ordnung mit möglichst großer Effektivität mitzuarbeiten. Daraus ist die Einsicht in die Notwendigkeit entstanden, uns Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft anzueignen.

Um die Tragweite dieses Vorgangs voll zu würdigen, muß man bedenken, daß der traditionelle klerikale Antikommunismus – wie er bis zur Stunde in Westdeutschland immer noch vorhanden ist – den Christen weithin die Aneignung solcher Erkenntnisse rigoros versperrt.

Aber eine Ordnung des wahren Humanismus kann nicht irgendwie, sondern nur auf dem Fundament des Sozialismus entstehen. Wenn wir daran erfolgreich mitarbeiten können, dann eben auf der Grundlage der objektiven Entwicklungsgesetze der Gesellschaft. Sie wurden durch das Leben tausendfach bestätigt. Und so wahr es ist, daß es weder eine christliche noch eine atheistische Industrie, weder einen christlichen noch einen atheistischen Staat gibt, sondern nur eine kapitalistische oder eine sozialistische Industrie, einen kapitalistischen oder einen sozialistischen Staat, entweder eine Ausbeuterordnung oder eine von Ausbeutung freie Ordnung, so wahr ist es auch, daß uns Christen in der Aneignung wissenschaftlicher Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus keinerlei Abstriche an unserer Glaubensüberzeugung aufgenötigt werden – ebenso wie wir nicht die Absicht haben, selbst solche Abstriche zu machen.

Die Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus ist um so wichtiger für uns, als das Angebot zu vertrauensvoller Zusammenarbeit, das in Gestalt der marxistisch-leninistischen Bündnispolitik auch an die Christen geht, diese ja nicht nur von ihrer Glaubensüberzeugung her, sondern auch in ihrer sozialen Stellung anspricht. Das heißt, daß zum Beispiel den mittelständischen Schichten konkrete Möglichkeiten ihrer Beteiligung insbesondere im ökonomischen Bereich des sozialistischen Aufbaus gegeben werden mußten. Eben dadurch zeichnet sich das Bündnisangebot ja aus: Daß es nicht in abstrakten Formeln verharret, sondern konkrete Gestalt wird;

daß man nicht nur sagt: „Der Sozialismus hat Platz für alle und braucht alle“, sondern diesen Platz auch genau bezeichnet und die Möglichkeit schafft, ihn auszufüllen.

Diese Politik aber mitzukonzipieren, mitzutragen und mitverantworten bedingt die Kenntnis eben der Gesetze der sozialistischen Entwicklung.

So sind in schöpferischer Gemeinschaftsarbeit der demokratischen Kräfte solche ökonomischen Formen entstanden wie die staatliche Beteiligung an privaten Industriebetrieben.

Die staatliche Beteiligung erwies sich in der DDR als geeignetster Weg, dem Privatunternehmer auf freiwilliger Basis den Übergang zur sozialistischen Produktionsweise zu ermöglichen. Die italienische Zeitung „L'Ore“ nannte die staatliche Beteiligung „eines der interessantesten Zeugnisse dafür, wie ein Christ zum Aufbau eines sozialistischen Staates beitragen kann“.

Die staatliche Beteiligung und ähnliche ökonomische Formen gehören längst zum festen Fundus unserer sozialistischen Ordnung. Hinsichtlich der privaten Unternehmer ist noch zu bedenken, daß die staatliche Beteiligung sie durch die Umstrukturierung ihrer Betriebe ja auch von dem Makel befreit, Ausbeuter zu sein, also noch eine außerordentlich bedeutsame moralische Seite hat. Es mag von dieser ethisch-moralischen Seite her besonders verständlich sein, daß 1956, als Anregungen unserer Partei dazu führten, diese Möglichkeit der Aufnahme staatlicher Beteiligung zu schaffen, die ersten acht Betriebsinhaber, die sich dazu entschlossen, Unionsfreunde waren.

Diese ökonomische Form, die in Europa einmalig ist, hat bewirkt, daß uns die oftmals bedeutsamen und volkswirtschaftlich höchst relevanten Erfahrungen und Kenntnisse der Leiter privater Industriebetriebe und die zur Versorgung der Bevölkerung ebenfalls höchst nützliche Tätigkeit hochspezialisierter privater Einzelhändler erhalten blieb, der kapitalistische Status dieser Betriebe und Unternehmer aber ohne Enteignung beseitigt wurde.

Es gab dabei natürlich Probleme. „Wird der Staat ein redlicher Partner sein?“ hat damals mancher Unternehmer gefragt. Die Überzeugungsarbeit, die von den demokratischen Kräften geleistet wurde, ist von der Praxis unterstützt worden: Nicht eine Art kalter Enteignung, sondern Brücke zum Sozialismus wurde die staatliche Beteiligung.

Heute gibt es neue Probleme, zum Beispiel den von der wissenschaftlich-technischen Revolution her notwendigen Bruch mit traditionellen Produktionsformen und die enge Koopera-

tion mit der volkseigenen Wirtschaft. Doch wieder wird unsere Überzeugungsarbeit von der Praxis bestätigt werden: Nicht die Vernichtung der Initiative und der Existenz der Betriebsinhaber steht auf der Tagesordnung – wie etwa im Verlaufe des Konzentrationsprozesses der Wirtschaft in Westdeutschland –, sondern ihre Orientierung auf die Aufgaben der Zukunft.

Der VII. Parteitag der SED hat sich eingehend mit den gesamtgesellschaftlichen Aufgaben befaßt, die in der Perspektive vor uns allen stehen. Er hat hervorgehoben, daß die uns gestellten Entwicklungsaufgaben nicht allein mit technisch-ökonomischen oder produktionsorganisatorischen Maßnahmen im engeren Sinne zu lösen sind. Die Zukunft der sozialistischen Ordnung wird nur gestaltet werden können, wenn sie als System der gesellschaftlichen Beziehungen und der sozialistischen Lebensweise aller Bürger insgesamt begriffen wird.

Dies erhöht die Verantwortung der führenden Kraft, der Partei der Arbeiterklasse, gewaltig. Und es steigt dadurch natürlich auch die Verantwortung der Bündnispartner. Es gilt für uns beispielsweise, auch dem christlichen Bürger von seiner sozialen Stellung her seine Mitverantwortung im einheitlichen Reproduktionsprozeß der Volkswirtschaft begreiflich zu machen und ihn zu jenem Denken und Handeln zu befähigen, das das gesellschaftliche Ganze im Auge hat, im Betrieb genauso wie im Wohngebiet. Wir erkennen täglich mehr, welch große und gewaltige Räume sich unserer Mitverantwortung auftun, und täglich mehr füllen wir sie aus.

II

Wir haben die DDR mitgebaut, wir verantworten sie mit und sind stolz darauf, in ihrer Konstruktion auch unsere Bausteine fest verankert zu wissen. Hier sind wir zu Hause, weil in diesem Staat der Friede zu Hause ist und ein brüderliches Miteinander und Füreinander der Menschen das ganze gesellschaftliche Leben bestimmt.

Wir haben zahllosen Bürgern christlichen Glaubens geholfen, das Wesen unserer neuen gesellschaftlichen Ordnung zu erkennen, und sie an die Mitgestaltung dieser Ordnung herangeführt. Wir haben so geholfen, der sozialistischen Menschengemeinschaft viele wertvolle Initiativen zu erschließen.

Wir haben die Probleme angepackt und bewältigt, die sich daraus ergaben, daß Menschen aus kleinbürgerlichen Schichten sozialistische Umweltverhältnisse verstehen und mitgestalten lernten.

Wir haben in gemeinsamer Arbeit dazu beigetragen, daß die Belange des Staates und der Gesellschaft zugleich im Interesse der verschiedenen Bevölkerungsschichten und jedes einzelnen gewahrt werden konnten.

Wir haben unseren redlichen Beitrag geleistet zur Herausbildung jener Wesenszüge, die das politisch-geistige Profil des sozialistischen Staatsbürgers prägen.

So kann, wie Unionsfreund Götting es in seiner Rede vor der Internationalen wissenschaftlichen Konferenz des Zentralkomitees der SED ausdrückte, „unsere Partei von sich sagen, daß sie die gesellschaftlich erfolgreichste politische Gruppierung von Christen ist, die es je in der deutschen Geschichte gegeben hat“.

Wir sind deshalb aus eigenem Interesse und im Bewußtsein unserer ständig wachsenden Mitverantwortung zutiefst bestrebt, diesen unseren Staat weiter festigen und stärken zu helfen.

Die Grundaufgabe der gesellschaftlichen Kräfte der DDR für die siebziger Jahre ist die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Dienste der sozialistischen Umwälzung und gleichzeitig die Zurückdrängung des Imperialismus. Davon gehen auch wir aus, wenn wir von der Notwendigkeit der ständigen Stärkung der DDR sprechen, denn die beiden genannten Faktoren sind dazu erste und dringendste Voraussetzung.

Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution – das läßt uns bedenken, daß es keineswegs und keinem freigestellt ist, da mitzumachen oder nicht. Die Wissenschaft und die Technik und ihre Entwicklung, wie sie sich heute weltweit darbieten, sind kein Verein, in den man nach Belieben eintreten kann. Lebensstandard und ökonomischer Fortschritt, Erfüllung partnerschaftlicher Beziehungen, wie wir sie mit der UdSSR und vielen anderen sozialistischen Ländern haben, Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt – alles das hängt heute entscheidend von dem Grad der Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ab.

Und was die Zurückdrängung des Imperialismus – für uns speziell des westdeutschen Imperialismus – betrifft, so haben uns die vielen Jahre des Kampfes um friedliche Koexistenz im Verhältnis zur westdeutschen Bundesrepublik eines klargemacht: Was wir aus unserer Verantwortung für Frieden und Sicherheit in Europa heraus anstreben, wird uns nicht geschenkt. Nichts wird uns von den Herrschenden in der Bundesrepublik zugestanden werden, wozu sie nicht durch Sachzwang

veranlaßt werden. Ein solcher Sachzwang ist der Grad der Stärke der DDR. Stärkung der DDR bedeutet also direkte Voraussetzung für die Erfolge unserer Außenpolitik.

Wie sind unsere Chancen?

Wir haben eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Das heißt, daß bei uns die Produktivkräfte sich frei entfalten können und nicht an ihnen widersprechende Produktionsverhältnisse gebunden sind wie im Kapitalismus. Das heißt weiter, daß wir deshalb durch Planung und Prognose den gesamtgesellschaftlichen Fortschritt als System uneingeschränkt fördern können. Das heißt schließlich auch, daß keinerlei Schranken vor der Initiative und der Entfaltung der Schöpferkraft der Menschen aufgerichtet sind.

Das heißt aber nicht, daß alles dies von selber geschieht. Wir wissen, daß sich bei uns wie im Kapitalismus alle Ökonomie nach Karl Marx letztlich in Ökonomie der Zeit auflöst. Wir haben im Gegensatz zum Kapitalismus die Möglichkeit, sie ungehindert in der ganzen Gesellschaft walten zu lassen. Freilich können wir uns das Tempo nicht selber wählen, aber wir haben von der Straße des Fortschritts die Steine weggeräumt. Stärkung der DDR heißt, die freie Straße zu nutzen.

In diesem Sinne stellen sich auch die Planaufgaben des Jahres 1970 nicht als Ziele dar, die irgendwo und irgendwie willkürlich festgelegt worden sind. Sie sind vielmehr objektive Notwendigkeiten. Wer diesen Aufgaben voll gerecht werden will, kann demnach auch nicht mit der nur formalen Erfüllung von Planpositionen zufrieden sein — obwohl dies natürlich die erste Voraussetzung zur Erfüllung ökonomischer Aufgaben ist —, sondern wird alle Initiativen der Menschen wecken und alle Errungenschaften der Technik nutzen, um soviel Fortschritt wie nur möglich zu erwirken.

Das wird erreicht, wenn die Schlüsselprobleme unserer ökonomischen Entwicklung erkannt und gemeistert werden.

Die objektiven Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie die realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und der Möglichkeiten der internationalen sozialistischen Kooperation haben uns bewegt, uns für zwei Wege zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution zu entscheiden.

Der eine Weg ist die Systemautomatisierung in der strukturbestimmenden Industrie. Sie gilt es weiterzuführen und ihre Vorzüge umfassend zu nutzen; denn diese Industrie beeinflusst entscheidend die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung.

Der andere Weg ist die komplexe sozialistische Rationalisierung der übrigen Industrie. Hier steht im Augenblick vornehmlich die Aufgabe der Eigenproduktion von entsprechenden Anlagen.

Diese beiden Wege bedeuten aber nicht eine gesellschaftliche Wertung der in diesen Betrieben tätigen Menschen. Beide Wege müssen vielmehr einmünden in die große, gemeinsame zentrale ökonomische Aufgabe der optimalen Steigerung der Arbeitsproduktivität und gleichzeitig der Effektivität der Produktion bei sinkenden Kosten.

Unserer Parteilarbeit geht es angesichts aller dieser Aufgaben darum, ideologische Klarheit und Verständnis für diese Probleme zu schaffen. Die befähigtesten Freunde sollten wir einsetzen, um in den Kreisen unserer Mitglieder einleuchtend solche Probleme darzulegen wie die Bedeutung von Planreue und Plandisziplin. Denn bei der arbeitsteiligen Verflechtung der Volkswirtschaft ist die Planreue des einen die Produktionsvoraussetzung für den anderen.

Politische Überzeugungsarbeit auf ökonomischem Gebiet, die ihre produktive Umsetzung bei der Durchsetzung des Systemcharakters unserer Wirtschaft und letztlich unter dem Strich bei der Abrechnung der Planerfüllung findet — das sind verschiedene Seiten ein und derselben Sache.

Es ist also nicht so, wie einige Freunde meinen, daß wir die Ökonomie zum Götzen und die Produktion zum Selbstzweck machten. Das wäre eben dann der Fall, wenn bei uns jedem Werktätigen ein eng begrenztes Spezialfeld im Arbeitsleben zugewiesen würde, das mit Sichtblenden versehen ist und ihm den Blick auf das Große und Ganze verwehrt. Eben dadurch, daß bei uns jeder Bürger gemäß der Verfassung Verantwortung für das Ganze trägt, eben dadurch, daß wir seinen Blick — auch den Blick des Künstlers, auch den des nicht im produktiven Bereich tätigen Wissenschaftlers! — auf das Ganze hinlenken, wird die Ökonomie nicht zum Götzen und die Produktion nicht zum Selbstzweck, sondern steht im Dienst der ständig steigenden Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen.

Dabei sollten wir nie aus dem Auge verlieren, daß der Systemcharakter unserer Gesellschaft es uns ermöglicht, alle vorhandenen Potenzen auf das gemeinsame Ziel „Stärkung der DDR“ zu richten.

Dazu gehört auch die Kommunalpolitik. Hier und da soll es Freunde in der kommunalpolitischen Verantwortung geben, die den Beschluß des Staatsrates über die sozialistische Kommunalpolitik damit als erledigt betrachten, daß irgendwelche

Formalien zwischen Betrieben und Territorien vertraglich geregelt worden sind. Das ist nicht der Sinn der Sache. Der Beschluß ist ein Instrument, das in der Lage ist, langfristig die Führungstätigkeit im Territorium zu bestimmen, die Aufgaben allseitig zu erfassen und komplex zu lösen. So ist er konzipiert, und so sollte er durchgeführt werden. Besondere Verantwortung tragen dabei auch die Angehörigen der örtlichen Volksvertretungen.

Systemdenken umfaßt auch und besonders intensiv die Aufgaben des sozialistischen Bildungswesens. Dabei ist es gut, sich daran zu erinnern, daß mit der Bewältigung der Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auch die Verantwortung jedes einzelnen Werktätigen ständig wächst, sei es, daß die Maschinen und Aggregate, die ihm anvertraut sind, immer wertvoller werden, sei es, daß die Aufgaben immer komplexer werden, die es im Beruf zu lösen gilt. Nicht die Technik darf den Menschen beherrschen, sondern der Mensch muß ihr Meister sein. Er kann es nur durch eine umfassende Bildung.

Deshalb gilt es für alle unsere Unionsfreunde im Bildungswesen, auf Grund der Festlegung des VII. Pädagogischen Kongresses sich bewußt zu sein, wieviel von ihrer verantwortungsvollen Arbeit für die weitere Stärkung der DDR abhängt.

Zum gesamtgesellschaftlichen System gehört die Kultur. Künstler und Kulturschaffende können heutzutage ihren gesellschaftlichen Auftrag nur erfüllen in engem Kontakt mit den Werktätigen als ihren gesellschaftlichen Auftraggebern und aus dem Verständnis der Systembezogenheit ihres Handelns heraus. Daß sie im Sozialismus dazugehören, wenn das Bild der Zukunft entworfen wird, ist für sie das Bestimmende.

Wenn von Stärkung der DDR die Rede ist, bezieht sich dies natürlich auch und nicht zuletzt auf die Aufgaben der Landesverteidigung. Auch hier handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Wir sind tagtäglich der imperialistischen Ordnung konfrontiert. Was der Imperialismus tun würde, wenn er könnte, wie er wollte, habe ich bereits dargelegt. Die „Grauen Pläne“, die im Auftrag westdeutscher Regierungen ausgearbeitet worden sind, sprechen für sich, und die Konzeptionen der NATO auch.

Der Friede in Europa braucht eine starke sozialistische DDR. Es ist das Verdienst der Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, in den fünfundzwanzig Jahren unserer Parteigeschichte Wesentliches dazu beigetragen zu haben, daß auch die christliche Bevölkerung Chance und Aufgabe

dieser neuen Ordnung erkennt, bekennt und tatkräftig fördert. Es ist der Auftrag für die Zukunft, alles zu tun, um diesen Prozeß noch weiter zu fördern; denn, ich wiederhole es: Die friedliche Zukunft allein ist unser Zweck — und die Hoffnung vieler auch in der Bundesrepublik, die aus christlicher Verantwortung ehrlich nach Frieden streben.

Wir sind unseren geradlinigen und erfolgreichen Weg durch die fünfundzwanzig Jahre unserer Parteigeschichte gegangen, weil wir uns immer bemüht haben, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Wir haben es uns dabei keineswegs leicht gemacht. Manches Umdenken war nötig, manches beharrliche und geduldige Überzeugen derer, die manches nicht gleich — und nicht gleich richtig — verstanden.

Die Ergebnisse unserer Arbeit sind heute deutlich sichtbar. Als Christen sind wir einbezogen in eine Ordnung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, die wir selbst mit gebaut haben und in der wir umfassende Mitverantwortung tragen. Weil wir aus der Geschichte gelernt haben, haben wir das erreicht.

Deshalb läßt es uns aufhorchen, wenn in der CDU/CSU-Führung von Geschichte die Rede ist. In der Mai-Ausgabe der Zeitschrift der westdeutschen CDU „Deutsches Monatsblatt“ schrieb kürzlich der Generalsekretär dieser Partei, Dr. Bruno Heck: „Eine Politik aber wird hohl bleiben, wenn sie sich nicht der ganzen Geschichte, auch deren Irrungen und Wirrungen verpflichtet weiß.“

Irrungen und Wirrungen — das ist zwar ein guter Titel für ein Werk von Theodor Fontane, aber für die deutsche Geschichte doch ein sehr verharmlosender Begriff. Vernichtung von Existenzen, von Gut und Blut durch imperialistische Politik — Irrungen? Zwei Weltkriege in diesem Jahrhundert von deutschem Boden aus — Wirrungen? Antikommunismus, auch in klerikalem Gewand, die Christen in ihrer Mehrzahl auf der falschen Seite der Fronten im Klassenkampf — Irrungen? Faschismus, Konzentrationslager, Grauen und Schande über dem deutschen Namen — Wirrungen?

Wer sich wirklich der ganzen Geschichte verpflichtet fühlt, hat fünfundzwanzig Jahre der Bewährung genutzt, um auf der Seite des Fortschritts für eine entschiedene geschichtliche Wende zu sorgen.

Wie hingegen die Verpflichtung parteipolitischer Exponenten des Monopolkapitals in der Geschichte aussieht, soll ein Zitat belegen. Auf ihrem zweiten Parteitag im Oktober 1919 hat die „Deutsche Volkspartei“, deren damaliger Vorsitzender Gustav Stresemann war, folgendes erklärt: „Die DVP erstrebt

eine politische und wirtschaftliche Völkerversöhnung, hält diese aber für unmöglich, solange die Ehre des deutschen Volkes von unseren Feinden zertreten, eine Vereinigung aller Deutschen, die von uns gerissen sind oder sich zum Reiche bekennen, einschließlich der österreichischen Deutschen, verhindert und der uns aufgezwungene Gewaltfriede aufrecht erhalten wird ...“

Jedem, der sich mit Aussagen von CDU/CSU-Führern beschäftigt, werden solche Redewendungen merkwürdig bekannt vorkommen. Das liegt einfach daran, daß damals wie heute von Leuten gleicher Couleur und auf dem Boden der gleichen Politik mit dem „Ja – aber“ jongliert wird. Damals wie heute bei der CDU/CSU heißt es: „Friede? Völkerversöhnung? Ja, aber erst, wenn Europa und möglichst auch die Welt so aussehen, wie wir uns das vorstellen.“

Wo Gustav Stresemann mit seiner Politik gelandet und wie er gestrandet ist, wissen wir. Und wir wissen auch, daß die damalige Deutsche Volkspartei schließlich ihren Frieden mit einem gewissen Adolf Hitler gemacht hat. Deshalb verstehen wir, wenn sich eine westdeutsche Zeitung wie die „Frankfurter Rundschau“ angesichts der Bundestagsdebatte vom 27. Mai dieses Jahres wie folgt äußert:

„Manchmal, wenn wir uns in Bonn die Diskussionen des Bundestages anhören, überkommt uns das Gefühl, als ob da eine aus allen westdeutschen Landen zusammengerufene Schulklasse sitzt, deren einer Teil in der Lektion deutsche Geschichte zumindest fünfzig Jahre zurückgeblieben ist. Wenn man da so diese Barzels, diese Stoltenbergs und diese Guttenbergs reden hört, so überkommt den unabhängigen Zuhörer nicht nur das leise, sondern das große Grauen.“

In der Tat hat jene Bundestagssitzung vom 27. Mai 1970 und die Fortsetzung dieser Debatte am 17. Juni, haben aber insbesondere die Reden von Barzel und Guttenberg erschreckend offengelegt, was die CDU/CSU-Führung meint, wenn sie sich der Verpflichtungen aus der deutschen Geschichte erinnert. Seit Jahr und Tag ist deutlich, und es wird immer deutlicher: Die CDU/CSU-Führung sieht diese Verpflichtung darin, nur ja nicht und um keinen Preis die Folgen imperialistischer Politik anzuerkennen und insbesondere zu respektieren, was der zweite Weltkrieg an Ergebnissen gezeitigt hat.

Kriege – das scheinen für die Kräfte des Monopolkapitals und ihre politischen Exponenten Kavaliersdelikte zu sein. Man zettelt den ersten Weltkrieg an. Ganz Europa versinkt mehr als vier Jahre lang in Not und Tod. Dann kommen die Folgen.

Deutschland wird kleiner, das deutsche Volk wird für den angerichteten Schaden zur Kasse gebeten. Aber das nehmen sie übel, jene Alldeutschen von damals: „Wiedergewinnung der dem Deutschen Reich geraubten Gebiete“ fordern sie auf ihrem Verbandstag am 31. August 1919. Wie kann man nur so nachtragend sein, so schimpfen sie gewissermaßen. Nur wegen dem bißchen Krieg!

Man zettelt den zweiten Weltkrieg an. Beinahe sechs Jahre lang haben sich die Völker Europas diesmal gegen den deutschen Imperialismus zur Wehr zu setzen. Dann kommen die Folgen. In Potsdam wird festgelegt, was zu geschehen habe, um dergleichen ein weiteres Mal zu verhindern. Deutschland wird kleiner, wieder müssen Schäden ersetzt werden. Aber das nehmen sie wieder übel, die Alldeutschen von heute.

„Jene Unrechtsgrenzen“, die auf deutschem und anderem Boden „erzwungen“ worden seien, auf keinen Fall hinzunehmen und schon gar nicht als unabänderlich zu erklären, fordert im Bundestag der Reichsfreiherr Karl Theodor von und zu Guttenberg. Und er fügt hinzu: „Wir sind, wo wir Verantwortung tragen, nicht bereit, sogenannte Realitäten zu respektieren oder gar anzuerkennen.“ Barzel assistiert ihm, indem er feststellt: „Zum Status quo in Deutschland und in Europa gehört, daß die deutsche Frage mit Zustimmung der Westmächte in der Substanz offen ist und offen bleibt.“ Diejenigen, die sich für die Anerkennung der Grenzen in Europa in ihrem jetzigen Verlauf einsetzen, nennt Guttenberg „notorische Friedensstörer“.

Hört man nicht auch hier hindurch, wie verbittert sie sind, daß man ihnen die Realitäten in Europa, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstanden sind, gewissermaßen „zudemut“? Nur wegen dem bißchen Krieg!

Wahrlich, die imperialistische deutsche Politik ist nach dem ersten Weltkrieg nicht „hohl geblieben“, wie das Dr. Heck heute für die imperialistische westdeutsche Politik zu fürchten scheint. Die Politik von damals hat mit dem, was er „Irrungen und Wirrungen“ nennt, auf das Jahr 1933 zugesteuert. Die Frage ist legitim, wohin die Barzel und Strauß, die Heck und Guttenberg heute steuern, jene „Rechtsüberholer im politischen Straßenverkehr“, wie sie neulich ein westdeutscher Journalist genannt hat.

Es gibt, wie man sieht, zwischen damals und heute viele Parallelen. Aber es gibt auch beträchtliche Unterschiede. Zu den wichtigsten gehören die Existenz, das Wachsen und Erstarren der Deutschen Demokratischen Republik. Sie macht

den CDU/CSU-Führern ganz besonders zu schaffen. Denn hier hat der Friedenswille der werktätigen Massen Deutschlands zum ersten Male staatliche Gestalt angenommen. Hier ist bewiesen worden, daß Deutschland auch anders aussehen kann als so, wie die Imperialisten es konstruiert haben. Hier liegen wesentliche Ursachen dafür, daß es die Alldeutschen von heute nicht mehr so leicht wie früher haben.

Deshalb steht die DDR auch immer in der agitatorischen Schußlinie der Herren Barzel und Guttenberg. Wir können das getrost als einen klaren Beweis für die Effektivität unseres Staates und unserer Politik werten. Wären wir klein und schwach geblieben, sie würden sich unseretwegen nicht so echauffieren, wie sie es tun. Hätten wir auf unserem Wege faule Kompromisse mit den Gegnern und Feinden der sozialistischen Ordnung geschlossen — sie würden uns loben. Hätten wir nicht in das Bündnis aller Volkskräfte gefunden — sie hätten uns längst auseinanderdividiert und den einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen Teil ausgespielt. Daß sie das alles nicht konnten und daß sie ahnen, es werde ihnen auch nicht gelingen, das macht ihre Politik aussichtslos. Daß sie es dennoch nicht aufgeben und zu neuen Erkenntnissen vorzustoßen sich weigern, das macht ihre Politik gefährlich.

„Veränderungen im anderen Teil Deutschlands“ wünscht sich Herr von Guttenberg. „Wiedervereinigung“ — natürlich im Sinne des Artikels 7 des Deutschlandvertrages, also mit einer Gesellschaftsordnung ähnlich wie die der heutigen Bundesrepublik und als Partner der NATO — wünscht sich Herr Barzel.

Es ist nicht verwunderlich, daß hierbei unserer konsequenten Friedenspolitik besonders heftige Attacken gelten. Die CDU/CSU-Führung ahnt die Gefahr, die ihrer Konzeption durch die klare Folgerichtigkeit unserer Politik droht. Denn „im Interesse des Friedens, der europäischen Sicherheit und gleichberechtigter Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der BRD haben wir der Regierung Brandt die Gelegenheit geboten, sich von der zwanzig Jahre gegenüber der DDR betriebenen CDU/CSU-Politik des kalten Krieges und der Alleinvertretungsanmaßung eindeutig zu trennen“, erklärte Walter Ulbricht auf dem 13. Plenum des Zentralkomitees der SED.

So schießen denn die CDU/CSU-Führer aus allen Rohren gegen unsere Politik. Bei der Begegnung in Kassel habe sich erneut herausgestellt, behauptet Barzel, daß Ministerpräsident Stoph eine Politik des „Alles oder Nichts“ betreibe. Das

heiße, genauer gesagt, meint Barzel: „Alles für ihn und nichts für uns.“

Nun, so unrecht hat er nicht. In der Tat hat der Vorsitzende des Ministerrates der DDR auf Grund des Vertragsentwurfs vom Dezember vergangenen Jahres Vorschläge gemacht, die dem Frieden und der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der BRD dienen. Das ist freilich nichts für die CDU/CSU-Führung, die das genaue Gegenteil will. Alles für den Frieden, nichts für die imperialistische Konzeption der Revanche und der Aggression — man kann Herrn Barzel verstehen. Aber was diejenigen für gut halten, die er vertritt, das ist höchst schädlich für die westdeutsche Bevölkerung. Oder weiß er ein Beispiel, das zeigt, wann der Imperialismus jemals den werktätigen Massen genützt hat? Alles für das Volk, nichts für seine Gegner. Das war und ist unsere Politik, und das wird sie bleiben.

Im Kampf gegen die DDR ist man bei der CDU/CSU-Führung höchst erfinderisch. Bei Barzel kommt das zum Ausdruck, wenn er vom Gewaltverzicht spricht. Gewaltverzicht — das ist ein eindeutiger völkerrechtlicher Begriff. Er ist Bestandteil der UNO-Charta, in deren Artikel 2 es heißt, daß die Staaten sich in ihren internationalen Beziehungen der Androhung oder der Anwendung von Gewalt enthalten sollen. Für Herrn Barzel aber bedeutet Gewaltverzicht im Blick auf die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD etwas ganz anderes. Nicht in erster Linie die Achtung der territorialen Integrität und der Grenzen beider deutscher Staaten, so sagte er, dürfe Inhalt eines etwaigen Gewaltverzichtsabkommens zwischen der DDR und der BRD sein, sondern der Verzicht der DDR auf die Sicherung ihrer Staatsgrenze. Das heißt also, die DDR soll auf Gewalt verzichten, indem sie auf die Ausübung ihrer Staatsmacht zum Schutz ihrer Grenzen verzichtet. Damit offenbar sollen diese Grenzen so durchlässig werden, wie Herr Barzel sie sich schon immer wünscht.

Welche Spekulation! Die DDR hat — ganz im Gegensatz zu gewissen CDU/CSU-Vertretern in Westdeutschland — seit dem ersten Tage ihres Bestehens erklärt, daß sie gegen niemanden territoriale Forderungen hat, daß sie niemandes Besitzstand streitig macht, daß sie mit ihren Nachbarn friedlich zu leben willens und, was an ihr liegt, auch in der Lage ist. Sie hat eine Gesellschaftsordnung, die selbst nach dem Zeugnis eingefeilter Antikommunisten nichts nötiger zu ihrer Entwicklung braucht als den Frieden. Das ist unser Gewaltverzicht, und er deckt sich völlig mit der Charta der Vereinten Nationen. So, wie es sich Herr Barzel vorstellt, haben wir nicht gewettet.

In diesem Zusammenhang wendet sich die CDU/CSU-Führung auch gleich gegen den geplanten Gewaltverzichtsvertrag mit der UdSSR. Mit diesem Vertrag, so behauptet der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, würde von Bonn „Unrecht ausgehen, nämlich das Unrecht, die rechtswidrige Spaltung Deutschlands und Europas rechtlich zu besiegeln“.

Wir wollen nicht von der CDU/CSU-Führung verlangen, daß sie jetzt Selbstanzeige erstattet, denn sie ist es ja maßgeblich gewesen, die die deutsche Spaltung bewirkt hat. Jetzt, weil ihre Hoffnungen, aus dieser Spaltung Gewinn zu ziehen, zunichte gemacht worden sind, nennt sie sie „rechtswidrig“.

Wir wollen das Argument einmal umdrehen. Wie ist das also? Nach Barzels Logik bewirkt Gewaltverzicht Unrecht. Demzufolge bewirkt Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen also Recht? Welch eine Alternative für eine Partei, die ihren Friedenswillen ständig auf offenem Markte verkündet!

Angesichts solcher Gedanken bekommt natürlich auch jene Frage Barzels einen ganz bedenklichen Akzent: „Gibt es eine Unverletzlichkeitserklärung für die Gesellschaftsordnungen in beiden Teilen Deutschlands, so wie sie heute sind, von beiden Seiten?“ Das nämlich, so erklärt er, widerspreche dem deutschen Interesse, das heißt, seinem und seiner Hintermänner Interesse. Wer es aber für bedenklich hält, die Unverletzlichkeit der Gesellschaftsordnung der DDR zu erklären, der will sie offenbar zerstörbar machen.

Das gehört dann wahrscheinlich auch in jene Gedankenwelt, die Herrn von Guttenberg veranlaßt zu sagen: „Ich brauchte noch nicht einmal eine Verfassung, ich brauche nur mein Gewissen, das mir sagt, daß ich als Abgeordneter in diesem Hause Verantwortung trage für mein ganzes Volk. Und damit also auch und vor allem für jene, die zum Schweigen verurteilt sind.“

Auf das Schweigen komme ich noch zurück.

Aber zunächst einmal wäre der CDU/CSU-Führung anzuraten, wenn sie schon auf die Verfassung verzichten zu können glaubt, wenigstens außer ihrem Gewissen noch die Völkerrechtsnormen der UNO zu studieren. Dort steht klar und deutlich, daß dergleichen Politik, wie sie sie der DDR gegenüber betreibt, Aggressionspolitik ist.

Wir haben mehr als einmal erklärt, daß wir die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik zwar nicht billigen können, daß ihre Änderung aber nicht unsere, sondern Sache der westdeutschen Bevölkerung selbst ist. Wir wären gern bereit, von

der CDU/CSU-Führung zu hören, daß auch sie unsere gesellschaftliche Ordnung respektiert. Aber solange Herr von Guttenberg so gegen die Realitäten auf europäischem Boden zu Felde zieht, ist daran wohl nicht zu denken. Um so deutlicher empfinden wir die Pflicht, unseren Staat stark und verteidigungsbereit zu machen und zu halten.

Nun zu denen, die Herr von Guttenberg zum Schweigen verurteilt sieht. Sie sind es ja auch, die der CDU/CSU-Führung zur ständigen Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht dienen. Aber leider gibt es sie nicht. Denn wo sollten sie sein? So gut wie die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung der DDR hat erst vor zwei Jahren einen weltweit beachteten Beweis für ihr Selbstbestimmungsrecht und dessen Praktizierung geliefert: die Abstimmung über unsere neue sozialistische Verfassung. Da ist keiner zum Schweigen verurteilt gewesen. Daß der Prozentsatz derer, die für die Verfassung stimmten, mit beinahe 95 Prozent eminent hoch war, ist ein Beweis für die Güte und die Volkstümlichkeit (in des Wortes wahrer Bedeutung) dieses Verfassungswerkes. Und es ist gleichzeitig auch ein Beweis für die Aussichtslosigkeit der Bemühungen der CDU/CSU-Führung um irgendwelche Schweiger in der DDR. Das sind tote Seelen, wie bei Gogol, Karteileichen in Guttenbergs Deutschlandpolitik.

Guttenberg und Barzel haben resümiert. Beiden geht es nur um das eine: Keinen Frieden auf der Grundlage des Status quo, keine friedliche Koexistenz mit der DDR, dafür aber ein „kalkuliertes Risiko“ (Barzel) und „langen Atem und zähe Geduld“ (Guttenberg) für diese Politik des Risikos. Allem, was dem Frieden und der Vernunft dient, wollen sie sich, wie Barzel sagte, widersetzen, und, so fügt er hinzu, „ich denke, wir werden dabei nicht allein sein als CDU/CSU“.

Tatsächlich, sie sind nicht allein. Der Stimmenzuwachs von ganz rechts bei den Landtagswahlen am 14. Juni hat das gezeigt. Neonazistische und revanchistische Kräfte finden sich in immer größerer Zahl bei ihnen ein.

So also fühlen sie sich alle miteinander den Irrungen und Wirrungen imperialistischer Politik verpflichtet, und das unter der Bezeichnung „christlich“.

Fünfundzwanzig Jahre Parteigeschichte liegen hinter uns, liegen auch hinter den Anfängen von CDU/CSU. Welch ein Gegensatz! Es ist in diesen Tagen oftmals darauf hingewiesen worden, wie ähnlich die Gründungsdokumente in Berlin, in Köln, in Frankfurt, in München einander waren. Es scheint mir die nützlichste Schlußfolgerung aus diesen fünfundzwanzig

Jahren für die Mitglieder der CDU/CSU zu sein, sich dieser Gründungsdokumente zu besinnen und ihre endliche Durchsetzung zu fordern.

Der Fortschritt macht um Westdeutschland keinen Bogen. Die Existenz der DDR und ihre allseitige Stärkung, für die wir uns mitverantwortlich wissen, das Leben selbst wird dafür sorgen, daß die Politik der CDU/CSU-Führung aussichtslos bleibt. Die Politik, die wir betreiben und die sich an den Lehren der Geschichte orientiert, wird nicht hohl bleiben, sondern erfüllt sein von unserer unermüdlichen Arbeit für Frieden und Sicherheit in Europa.

*

Der Sozialismus, an dem wir mitgebaut haben und den wir mitverantwortlich sind, ist die Gesellschaftsordnung von heute und für morgen. Mit ihm und in ihm haben wir die Vergangenheit bewältigt, meistern wir die Gegenwart und bereiten eine gute Zukunft vor.

Wenn wir nun das nächste Vierteljahrhundert unserer Parteigeschichte zu schreiben beginnen, wollen wir bedenken:

Uns ist von unserem Glauben her geboten, den Frieden zu erreichen. Wir können es, wenn wir fest an der Seite derer stehen, die ihn nicht nur wünschen, sondern ihn auch erzwingen können.

Uns ist von unserem Glauben her geboten, für Nächstenliebe als tragendes gesellschaftliches Prinzip zu sorgen. Wir können es, wenn wir fest an der Seite derer stehen, die eine Ordnung der sozialen Gerechtigkeit nicht nur ersehnen, sondern praktizieren, derer, deren Ordnungsprinzip die Humanität ist.

So und nicht anders werden wir es also halten — wie bisher schon und für alle Zukunft: Wir werden das Profil unserer Partei immer eindrücklicher formen und in verantwortungsbewußter Mitarbeit an den Aufgaben der Nationalen Front, im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter Führung ihrer Partei beitragen zur Stärkung unseres sozialistischen Friedensstaates, wobei wir nie den Gegner aus dem Auge verlieren.

Das war unser Erfolgsprinzip bis heute. Nichts wird uns hindern, es auch weiterhin zu bewahren.

- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalkultur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation (Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU)
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 129 Siegfried Weiz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dresden). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 136 Horst C. Herrmann: 20 Jahre danach – Deutschland und der Geist von Potsdam
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlage gedeihlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Meclewski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 146 Günter Wirth: Verantwortung und Erwartung der Deutschen

- 147 Dr. Helmut Dressler: Evangelische Kirche und Revanche-Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner Staat
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 153 Pfarrer Götz Bickelhaupt: Auf dem Wege zur engagierten Gemeinde
- 155 Pastor Traute Arnold: Der Christ in der geistig-kulturellen Entwicklung hier und heute
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas
- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche von Ungarn
- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt
- 165 Gerald Götting: Reformation – Revolution
- 166 Günter Wirth: Deutsche Friedenspolitik 1917–1967
- 167 Günter Wirth: Christliche Ethik und sozialistische Wirklichkeit
- 168 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: 50 Jahre Moskauer Patriarchat (1917–1967). Mit einem Vorwort von Gerald Götting
- 170 Werner Wünschmann: Kultur hilft unser Leben meistern
- 171 Walter Bredendiek: Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik
- 172 Metropolit Nikodim: Auftrag und Verantwortung der Gläubigen bei der Erhaltung des Weltfriedens
- 173 Günter Wirth: Das christliche Menschenbild bei Böhl und Bobrowski
- 174 Günter Wirth: Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen Kräfte
- 175 Wolfgang Gudenschwager: Zur Kulturpolitik der CDU 1945 bis 1952
- 176 Gerhard Fischer: Wir haben die Geschichte der DDR mitgeschrieben

Verkaufspreis 0,50 M – Doppelheft 1,- M
 Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin